

# Chronik des Monats

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **36 (1957)**

Heft 2

PDF erstellt am: **14.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## CHRONIK DES MONATS

### *Innenpolitik*

Als wichtigstes innenpolitisches Ereignis des zu Ende gehenden Monats darf von unserem Gesichtspunkt aus der gut besuchte *außerordentliche Parteitag der SPS* betrachtet werden, der am 16. und 17. Februar in Luzern nach guter Vorbereitung durch das schweizerische Parteisekretariat und die Luzerner Parteifreunde und unter der ausgezeichneten Leitung von Parteipräsident Walther Bringolf durchgeführt wurde. Der Parteitag nahm zunächst Stellung zu den eidgenössischen Vorlagen, die am 3. März nächsthin zur Volksabstimmung gelangen. In zwei sachlich gut fundierten Referaten von Ständerat Dr. Willy Spühler (Radio- und Fernsehartikel) und Nationalrat Richard Bringolf (Zivilschutzartikel) wurden die Parteidelegierten über Inhalt und Bedeutung der beiden Vorlagen orientiert.

Der Antrag des Parteivorstandes auf Erlaß eines neuen Verfassungsartikels über *Rundspruch und Fernsehen* fand einhellige Zustimmung aus der Überlegung heraus, daß ihrem ganzen Wesen nach und durch ihre große kulturelle und staatspolitische Bedeutung sowohl Rundspruch wie Fernsehen den Charakter öffentlicher Dienste erhalten haben. Es ist deshalb notwendig geworden, daß der Bund in rechtlich einwandfreier Weise die bisher fehlenden Kompetenzen zur Gesetzgebung auf beiden Gebieten erhält. Da Rundspruch und Fernsehen gleiche Ziele verfolgen und in technischer und programmlicher Hinsicht wesensverwandt sind, ist ihre Zusammenfassung in einem einzigen Verfassungsartikel begründet. Dadurch, daß mit diesem Artikel für jedes der beiden Gebiete der Erlaß eines besonderen Gesetzes vorgeschrieben wird, ist im übrigen dem Volk die Möglichkeit belassen, später getrennt zur gesetzlichen Ordnung des Rundspruchs und des Fernsehens Stellung zu nehmen.

Einer größeren Diskussion rief die zweite Abstimmungsvorlage über die Einführung der *Zivilschutz-Dienstpflicht*. Auf kräftigen und verständlichen Widerstand stieß vor allem das vorgesehene Obligatorium für die Frauen, wenn es auch nur auf die Dienstpflicht bei Hauswehren beschränkt bleiben soll. Mit vollem Recht hatte die sozialdemokratische Frauenbewegung durch ihre Sprecherinnen auf den unerträglichen Widerspruch hingewiesen, der darin liegt, daß den Schweizer Frauen noch immer die politische Rechtsgleichheit vorenthalten wird, sie aber immer stärker zur Erfüllung gleicher Bürgerpflichten herangezogen werden. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Frauenorganisationen machte indessen dem Verfassungsartikel selber keine Opposition, sprach aber die bestimmte Erwartung aus, daß die sozialdemokratische Fraktion der eidgenössischen Räte bei der Ausarbeitung der ent-

sprechenden Gesetzesbestimmungen mit aller Entschiedenheit für die Aufhebung des Obligatoriums für die Frauen eintreten werde, während eine Minderheit der Frauen noch weiter gehen wollte und die Verwerfung des Verfassungsartikels beantragte. Die Argumente der Frauen und die geschickte Art, wie sie vertreten wurden, machte auf den Parteitag sichtlich Eindruck. Die Notwendigkeit des Zivilschutzes war von keiner Seite bestritten, aber das Mißbehagen über die ungleiche und ungerechte Behandlung der Frauen kam in der starken Minderheit zum Ausdruck, die sich für eine Verwerfung des Verfassungsartikels aussprach. Auch die zustimmende Mehrheit versah die angenommene Resolution mit deutlichen Vorbehalten, indem darin das Bedauern ausgesprochen wurde, daß die Frauen nicht selber über ihr Obligatorium mitentscheiden können. Der sozialdemokratischen Fraktion in der Bundesversammlung wurde der deutliche Auftrag erteilt, bei der Behandlung der Ausführungsgesetze erneut die obligatorische Dienstpflicht für die Frauen abzulehnen. Sollte die Gesetzgebung eine Belastung der Mieter oder eine Teilmobilisierung der Frauen enthalten, behält sich die Sozialdemokratische Partei vor, das Referendum zu ergreifen. Außerdem wurde in der Resolution darauf hingewiesen, daß eine Herabsetzung des Militärdienstalters von 60 auf 48 Jahre dazu beitragen könne, für den Zivilschutz eine ansehnliche Zahl von Männern frei zu machen, die diese Aufgabe übernehmen könnten. Schließlich verlangte der Parteitag angesichts des erheblich gestörten Gleichgewichts zwischen Pflichten und Rechten der Frau, daß nun ein Vorschlag zugunsten der politischen Gleichberechtigung der Frauen von seiten des Bundesrates vorgelegt wird.

Ein weiteres innenpolitisches Traktandum des Parteitages bildete die grundsätzliche Stellungnahme zur *Bundesfinanzreform*. Alt Bundesrat Dr. Max Weber übte in seinem prägnanten und klar formulierten Referat scharfe Kritik an der neuen Finanzvorlage des Bundesrates, an der das Gute nicht neu und das Neue nicht gut sei. Der Parteitag forderte in einmütig beschlossenen Richtlinien die Beibehaltung direkter Steuern als dauernde Finanzquelle des Bundes, die Bereitstellung genügender Mittel für soziale Zwecke und die Entlastung der Konsumenten durch Erweiterung der Freiliste bei der Warenumsatzsteuer. Bekanntlich hat die SPS durch eine eigene Initiative, die die Unterschriften von 180 000 Bürgern erhielt, Vorschläge für eine gerechte und dem allgemeinen Interesse der Volkswirtschaft entsprechende Verteilung der Steuerlasten unterbreitet. Sollte aus den Beratungen der Bundesversammlung keine befriedigende Finanzvorlage hervorgehen, so wird die SPS verlangen, daß unter allen Umständen ihr Volksbegehren innert der gesetzlichen Frist, das heißt mindestens im Jahre 1958, zur Abstimmung kommt. Im Zusammenhang mit der Bundesfinanzfrage verurteilte der Parteitag in einer Resolution auch die Geldpolitik des Bundesrates und der Nationalbank, die in der letzten Zeit zu einer bedenklichen Verknappung auf dem Kapitalmarkt, zu einer Er-

höhung der Zinssätze für Baukredite und Hypotheken geführt hat, wodurch die Kosten der Lebenshaltung einen neuen gefährlichen Auftrieb erhalten.

Neben diesen eidgenössischen Abstimmungsgeschäften bestand die Hauptaufgabe des außerordentlichen Parteitages in Luzern in der Herausarbeitung eines klaren und eindeutigen *innen- und außenpolitischen Standortes*. Es geschah dies auf Grund eines sachkundigen und wohlüberlegten Referates des Parteipräsidenten Walther Bringolf über «Die internationale Lage und die Schlußfolgerungen für die Schweiz». Geschäftsleitung und Parteivorstand hatten außerdem einen Entwurf vorgelegt für ein «*Manifest der SPS zum demokratischen Sozialismus und zu den Problemen der gegenwärtigen internationalen Lage*» und in einer ausführlichen Resolution die Haltung der SPS zur *Landesverteidigung* umschrieben. Eine Reihe von Sektionen hatte zu diesen Anträgen Zusatz- und Abänderungsvorschläge eingereicht, und eine temperamentvolle, aber durchweg auf hohem Niveau stehende Diskussion führte am Schluß zu einer eindeutigen Klärung in diesen wichtigen Grundsatzfragen. Wir müssen hier aus Raumesgründen auf die Wiedergabe des Manifestes und der Resolution für die Landesverteidigung verzichten; beide Dokumente erschienen ja bereits vollumfänglich in der Parteipresse und werden auch in der nächsten Nummer des «Vertrauensmannes» zum Abdruck kommen, so daß sie allen unseren Parteimitgliedern zur Kenntnis gelangt sind.

Das *Manifest* enthält ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Idee der Humanität, zur Freiheit und zum demokratischen Sozialismus. Es spricht sich entschieden gegen jede Diktatur aus und lehnt auch den Kommunismus ab, mit dem der Sozialismus weder Weg noch Ziel gemeinsam hat. Der Freiheitskampf der ungarischen Arbeiter, Bauern, Studenten und Intellektuellen findet tiefste Sympathie wie auch die Freiheitsbewegung der Kolonialvölker. Das Manifest erhebt ferner die Forderung nach einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung der Großmächte. Solange diese nicht verwirklicht ist, muß die kleine Schweiz ihre militärische Verteidigungsbereitschaft zur Sicherung ihrer Friedens- und Neutralitätspolitik aufrechterhalten. Das hindert jedoch die Sozialdemokratie nicht daran, sich jederzeit allen jenen Kräften der Welt anzuschließen, die das Recht an die Stelle der Gewalt setzen und dafür kämpfen. Darum befürwortet das Manifest die Idee der Schaffung einer Föderation der demokratischen Staaten Europas und schließt nach einem Appell an die Jugend mit einem Bekenntnis zu Frieden und Freiheit.

In der Resolution zur *Landesverteidigung* wird die Notwendigkeit einer genügenden Ausrüstung unserer Armee mit modernen, ausschließlich der Verteidigung dienenden Waffen anerkannt, an der Politik des Militärdepartements berechtigte Kritik geübt, eine gründliche Kontrolle über die Verwendung der bewilligten Kredite und aller Militärausgaben gefordert und mit Nachdruck eine stärkere steuerliche Belastung der großen Vermögen, der hohen Einkommen und der Konjunkturgewinne zur Deckung der erhöhten

Aufwendungen für die Sicherheit des Landes verlangt. Ebenso wichtig wie die militärische ist jedoch auch die geistige, wirtschaftliche und soziale Landesverteidigung. Darum wird gleichzeitig von Bundesrat und Bundesversammlung der beschleunigte Ausbau der sozialen Versicherungen gefordert. Es gilt, allen Volksschichten gleiche Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten und die wirtschaftlich Schwachen zu schützen.

So stand der ganze Parteitag im Zeichen der Freiheit, des Friedens und der sozialen Demokratie. Es wurde ausgiebig debattiert, sachlich gefochten, in kameradschaftlichem Geiste die Beschlüsse gefaßt. So gestaltete sich der Luzerner Parteitag zu einer eindrucksvollen Kundgebung des lebendigen Geistes, der in allen Sektionen unserer Landespartei kräftig pulsiert und zu neuen Taten anspornt.

P. S.

### *Außenpolitik*

Die Spannungen im Nahen Osten dauern an. Die Bemühungen der Generalversammlung der Vereinten Nationen und ihres Generalsekretärs Hammarskjöld, die Regierung Israels zu veranlassen, ihre Truppen aus dem Gaza-Streifen an der Mittelmeerküste und aus dem Golf von Akaba am Roten Meer zurückzuziehen, sind bis jetzt erfolglos geblieben. Israel verlangt von Ägypten die Garantie dafür, daß die Unsicherheit, die ständigen bewaffneten Überfälle auf israelisches Gebiet und die Blockade seiner Schifffahrt in Zukunft aufhören und daß ein Friedenszustand hergestellt wird. Nasser will jedoch Verhandlungen über diese Probleme erst dann aufnehmen, wenn Israel seine sämtlichen Truppen aus dem ägyptischen Territorium zurückgezogen hat.

Durch seine Hartnäckigkeit sieht Israel sich in der Generalversammlung der Vereinten Nationen isoliert; einzig Frankreich unterstützte den Widerstand Israels. Die israelische Regierung verschlechtert mit ihrer unnachgiebigen Haltung die Aussichten auf eine friedliche Regelung der politischen Probleme mit den arabischen Staaten.

Die Lage hat sich durch die Bekanntgabe der Eisenhower-Doktrin über die Hilfe der Vereinigten Staaten an die Länder des Nahen Ostens noch verschlechtert. Die Sowjetregierung hatte die Mißstimmung und Empörung der arabischen Staaten gegenüber Frankreich und Großbritannien ausgenützt, um ihren Einfluß innerhalb der arabischen Welt zu erweitern. Sie liefert große Mengen von Kriegsmaterial an Ägypten und Syrien, die mehr und mehr in Abhängigkeit von der Sowjetpolitik geraten und als Militärstützpunkte der Roten Armee benützt werden.

Die Vereinigten Staaten, die in diesem Gebiet gewaltige Ölinteressen besitzen, konnten dieser zunehmenden Infiltration der Russen nicht tatenlos zusehen. Die Eisenhower-Doktrin ist die Kampfansage der Vereinigten Staa-



ten an die Eroberungspolitik des Kremls. Die amerikanische Diplomatie ist in allen diesen Staaten sehr aktiv geworden. Der König von Saudi-Arabien und der Kronprinz von Irak wurden in den Vereinigten Staaten mit großen Ehren empfangen; beide haben sich positiv zu den amerikanischen Hilfsplänen geäußert, wie schon vor ihnen der Außenminister der libanesischen Republik. Bei seiner Rückreise ist der König von Arabien mit dem Sultan von Marokko, dem Ministerpräsidenten von Tunesien, Bourgiba, und mit dem Vertreter des Königs von Libyen zusammengetroffen. In der gleichen Zeit machte der König von Jordanien seinen Premierminister auf die Gefahr der kommunistischen Infiltration in den arabischen Staaten aufmerksam. Die Vereinigten Staaten verstärken ihren Einfluß in dem Augenblick, da Großbritannien Jordanien verlassen muß und wegen Aden mit Jemen in Konflikt steht.

Schon jetzt kann festgestellt werden, daß die Gegenoffensive der Vereinigten Staaten in diesem strategisch, politisch und wirtschaftlich sehr wichtigen Gebiet erste Erfolge zeitigte. Ägypten und Syrien sind momentan isoliert, und Nasser hat mit einer inneren Opposition seiner Armeeoffiziere zu rechnen. Auch das syrische Polizeiregime ist ins Wanken geraten.

Durch die unnachgiebige Politik Israels sind die Vereinigten Staaten in ihrer Bewegungsfreiheit bezüglich der russischen Infiltration innerhalb der arabischen Welt gehemmt. Darum haben sie sich verpflichtet, für den Fall, daß Israel seine Truppen über die Grenze zurückziehen würde, für die freie Schifffahrt Israels im Roten Meer und im Golf von Akaba und für die Besetzung des Gaza-Streifens durch UNO-Truppen einzustehen.

Die Sowjetregierung versucht, diese amerikanische Offensive in den arabischen Staaten zu parieren. Durch ihren damaligen Außenminister Schepilow hat sie eine gemeinsame Politik der vier Großmächte zur Aufrechterhaltung des Friedens im Nahen Osten vorgeschlagen. Die vier Großmächte sollten durch eine gemeinsame Erklärung sich auf folgende Punkte verpflichten:

1. Aufrechterhaltung des Friedens im Nahen und im Mittleren Osten durch die Regelung umstrittener Fragen ausschließlich auf friedlichem Wege und durch Verhandlungen.

2. Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit dieser Länder.

3. Verzicht auf alle Versuche, diese Länder militärischen Blöcken mit Beteiligung der Großmächte anzuschließen.

4. Liquidierung der fremden Stützpunkte und Rückzug der fremden Truppen aus den Gebieten der nah- und mittelöstlichen Länder.

5. Gegenseitiger Verzicht auf Waffenlieferungen nach nah- und mittelöstlichen Ländern.

6. Zusammenarbeit zur wirtschaftlichen Entwicklung der nah- und mittel-

östlichen Länder ohne irgendwelche politische, militärische oder andere Bedingungen, die mit der Würde und Souveränität dieser Länder nicht vereinbar wären.

Die ganze Welt hat vor kurzem am Beispiel Ungarns sehen können, wie die Sowjetregierung diese Prinzipien der Nichteinmischung, des Verzichts auf militärische Stützpunkte in fremden Territorien und der friedlichen Koexistenz interpretiert und respektiert! Sie hat auch bewiesen, daß sie die Beschlüsse der Vereinten Nationen sowie ihre feierlichen Erklärungen gänzlich mißachtet. Wer wird unter diesen Umständen ihre Vorschläge jetzt noch ernst nehmen?

Der Kampf zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten im Nahen Osten wird weitergehen und sich noch verschärfen. Die Folgen der Suezkrise werden diese Gebiete noch lange beunruhigen.

### *Die Integration Europas*

Die Experten und die Außenminister der sechs Länder der Montanunion haben sich in Brüssel über einen weiteren Schritt zur europäischen Integration prinzipiell verständigt. Italien, Frankreich, die deutsche Bundesrepublik und die drei Beneluxländer sind übereingekommen, eine Zollunion und einen gemeinsamen Markt zu schaffen sowie eine Organisation, «Euratom», zur gemeinsamen Ausnützung der Atomenergie.

Die meisten dieser Länder sind Nachbarn der Schweiz und gehören zu ihren besten Handelspartnern. Der gemeinsame Markt bedeutet einen engern Zusammenschluß der sechs Länder Westeuropas, gleichzeitig aber auch eine Diskriminierung der anderen Staaten. Es ist verständlich, daß die OEEC, die *Organisation für europäische Wirtschaftszusammenarbeit*, sofort alarmiert war und versuchen mußte, die Diskriminierung gegenüber ihren Mitgliedern unschädlich zu machen. Der Ministerrat dieser Organisation tagte in Paris, wobei die Bundesräte Petitpierre und Holenstein die Interessen der Schweiz vertraten. Die Anwesenheit von gleich zwei Bundesräten in Paris hat gezeigt, daß unser Land vital an dieser Entwicklung interessiert ist.

Der Ministerrat der OEEC beschloß, die Frage einer gleichzeitigen Schaffung einer Freihandelszone in Europa zu untersuchen; mit dem Studium der Frage wurde der britische Wirtschaftsminister Thorneycroft betraut. Der Vertreter der sechs Länder der Montanunion, Spaak, versuchte zu beweisen, daß die geplante Freihandelszone keine Alternative für den gemeinsamen Markt, sondern eine Ergänzung dieses Marktes darstelle. Bundesrat Petitpierre äußerte den Wunsch, die Freihandelszone möge gleichzeitig mit dem gemeinsamen Markt in Kraft gesetzt werden.

Die Außenminister der Montanunion haben zwar noch eine sehr heikle Frage zu lösen, nämlich die Stellung der Kolonien innerhalb des gemeinsamen Marktes. Nach der Verfassung Frankreichs sind die Kolonialgebiete Bestandteile des französischen Staates. Auch Belgien und Holland besitzen Kolonien, diese haben jedoch ein anderes Statut gegenüber dem Mutterland. Soll Europa sich mit der Kolonialpolitik Frankreichs belasten? Die Frage ist nicht einfach zu lösen. Sie wurde denn auch vertagt und einer Konferenz der Regierungschefs vorbehalten.

Diese weiteren Bemühungen für die Integration Europas stellen uns erneut vor das Problem der europäischen Einheit. Die Abschaffung der Grenzen mit ihren Paß-, Zoll- und Devisenkontrollen, mit den Grenzwatchen und Befestigungen zwischen den Staaten Europas ist eine alte Forderung oder ein alter Traum der sozialistischen Bewegung. Als Schweizer wünschen wir auch, die Grenzen Europas möchten in Zukunft keine größere Bedeutung haben als unsere Kantonsgrenzen.

Warum denn verhalten sich der Bundesrat und mit ihm die Sozialdemokratische Partei und die öffentliche Meinung der Schweiz gegenüber der Organisation des Europarates in Straßburg so reserviert?

Das Hauptproblem der Einigung Europas liegt heute nicht in der Zusammenfassung einiger westeuropäischer Staaten, sondern in der tiefen Spaltung Europas in zwei feindliche Teile, in Ost- und Westeuropa. Mit einigen Ausnahmen — Finnland, Schweden, Schweiz, Österreich, Jugoslawien — sind sämtliche Staaten Europas in dem einen oder dem andern der beiden feindlichen Militärblöcke organisiert. Die osteuropäische Armee steht unter dem Kommando eines russischen, die westeuropäische Armee unter dem Kommando eines amerikanischen Generals. An den Beispielen Jugoslawien, Polen und Ungarn haben wir gesehen, daß osteuropäische Staaten mit dem Westen wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu pflegen wünschen und daß sie gegen den russischen Zwang rebellieren. Die Einheit Europas muß sich die Überwindung der Spaltung unseres Kontinents in feindliche Blöcke als Hauptaufgabe stellen.

In Straßburg wurde die Integration Europas auf die Staaten des Westens beschränkt. Sie ist viel eher eine politische und militärische Koalition der westeuropäischen Staaten zu ihrer eigenen Verteidigung gegen Osteuropa als eine Organisation zur Überwindung der Spaltung Europas und zur Einigung aller europäischen Staaten. Die Schaffung der westeuropäischen Union mit der Remilitarisierung Westdeutschlands und ihre Integration in die NATO beweist, daß strategische und militärische Ziele bei dieser Integration Europas eine wesentliche Rolle spielen.

Diese politischen und militärischen Aspekte der europäischen Integration zwingen die Schweiz und die politischen Parteien, die an ihrer Unabhängigkeit und Neutralität gegenüber allen Militärblöcken festhalten wollen, gegen-



über dieser Form der europäischen Integration die größte Zurückhaltung zu üben.

Eine andere Haltung wäre allerdings am Platz, wenn die europäische Bewegung, zur Überwindung der Spaltung Europas und zur Beseitigung der aus dieser Spaltung entstehenden Kriegsgefahr, sich die Schaffung eines Sicherheitssystems zwischen Ost und West und die Einigung ganz Europas als Ziel setzen würde.

Volle Klarheit muß zuerst über die Ziele dieser Bewegung geschaffen werden. Soll das geplante Europa eine unabhängige Macht zwischen Amerika und Rußland werden, eine Brücke zwischen den beiden größten Staaten der Erde, oder soll es ein Anhängsel der amerikanischen Militärpolitik bleiben?

Auf diese entscheidende Frage ist eine klare Antwort noch nicht gegeben worden. Das ist der Grund für unsere Zurückhaltung. JHD

## Blick in die Zeitschriften

«*Geist und Tat*», die in der Europäischen Verlagsanstalt Frankfurt erscheinende, von *Willi Eichler* klug, unabhängig und kämpferisch redigierte «Monatszeitschrift für Recht, Freiheit und Kultur», konnte kürzlich das Jubiläum ihres zehnjährigen Erscheinens feiern – was in Deutschland begreiflicherweise schon ein feierenswertes Durchhalten bedeutet. Die im Januarheft behandelten Themen geben so recht ein Bild von der Vielseitigkeit der auch für uns stets lesenswerten Zeitschrift: *Willi Eichler* schreibt grundsätzlich und zugleich sehr konkret aus reicher Erfahrung über Demokratie und Sozialismus; die bedeutende Schulreformerin *Minna Specht* stellt die Probleme der Schulreform in den Zusammenhang der notwendigen Reform des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. *Walter D. Schultz*, eine leitende Persönlichkeit im Norddeutschen Rundfunk, behandelt die Entwicklung des deutschen Rundfunks in den letzten zehn Jahren und seine aktuellen Probleme. Der Marburger Universitätsprofessor *Wolfgang Abendroth* bespricht sehr eingehend die verfassungspolitische Entwicklung der Deutschen Bundesrepublik. Dieser Aufsatz findet gute Ergänzung in einem weiteren Beitrag, in dem *Fritz Bauer*, ein führender sozialdemokratischer Jurist, die Entwicklung des Kriminalrechts im 20. Jahrhundert, speziell in Deutschland, darstellt. Drei weitere grundsätzliche, reich dokumentierte Aufsätze beleuchten die wirtschaftliche, soziale und gewerkschaftliche Entwicklung – so daß das Heft fast so etwas wie eine kurzgefaßte Geschichte der wichtigsten Probleme des ersten Jahrzehnts der Bundesrepublik, vom sozialistischen Standpunkt betrachtet und bewertet, darstellt. Des weiteren enthält jedes Heft von «*Geist und Tat*» eine Anzahl stets sehr lebendiger, oft erfrischend angriffiger und immer von einem unabhängigen Geist zeugender Glossen zur internationalen und deutschen Politik und Kulturpolitik sowie Buchbesprechungen.

Die deutsche Sozialdemokratie besitzt ferner seit drei Jahren ein theoretisches (vielleicht allzu theoretisches) Organ in der zweimonatlich in stattlichen Heften erscheinenden wissenschaftlichen Zeitschrift «*Die neue Gesellschaft*» (Bielefeld, Pressehaus). Das neueste Heft (Januar/Februar 1957) ist vor allem den Fragen der deutschen und der internationalen Aufrüstung gewidmet, in Verbindung mit den Problemen der deutschen